

N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung zum
Haushalt 2025 am 26.03.2025**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 22:21 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der gemeinsamen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, begrüßen die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste zur Sitzung. Sie stellen die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit im Haupt- und Personalausschuss mit 8 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern sowie im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung mit 7 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest. Der gemeinsame Teil – TOP 1 bis 7 – wird von **Herrn L. Nothdurft** geleitet.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	08:00:00
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung:	07:00:00

3 Einwohnerfragestunde

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung gibt bekannt, dass bereits eine Anfrage vorliegt. Die Vertreterin des Elternkuratoriums des „Hort Zauberburg“, Frau Berger, stellt zunächst eine Präsentation vor und plädiert für den Verbleib im Standort. Sie erklärt, dass diese Beschlussvorlage bereits am 11.03.2025 im Jugendhilfeausschuss thematisiert wurde und auch dort wurde für die Variante 2 – den Verbleib im Hort Zauberburg – plädiert.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt den Antrag die Präsentation als Anlage der Niederschrift aufzunehmen.

Gegen diesen Antrag gibt es keine Einwände. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr H.-P. Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, tritt der Sitzung um 16:36 Uhr bei. Die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses erhöht sich auf 9 stimmberechtigte Mitglieder.

4 Beschlussfassungen

4.1 Haushaltssatzung 2025, Haushaltsplan 2025, Stellenplan 2025 Vorlage: BV/421/2024/II-20

Es besteht die Einigkeit, dass die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 gemeinsam beraten werden.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinterfragt die Vorgehensweise der verschiedenen Haushaltssitzungen, explizit, wann die Aussprache/ Besprechung der Anträge, Abstimmung der Anträge, etc. stattfindet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt den Ablauf der bevorstehenden Sitzungen:

26.03.2025	Vorbesprechung der Fraktionsanträge und Haushaltskonsolidierungsvorschläge
02.04.2025	Abstimmung der Fraktionsanträge und der Maßnahme des Haushaltskonsolidierungskonzept (HHK)
23.04.2025	Vorstellung des Haushaltes (HH) und des HHK samt den Änderungen
30.04.2025	Beschlussfassung des HH im Stadtrat

Herr Rumpf, Fraktion CDU, tritt der Sitzung um 16:45 Uhr bei. Die Beschlussfähigkeit für den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne erhöht sich auf 8 stimmberechtigte Mitglieder.

Die Mitglieder des Ausschusses tauschen sich zur heutigen Herangehensweise der Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und der Anträge der Fraktionen aus.

Herr Adamek, Fraktion CDU, stellt gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse einen Antrag auf folgende Vorgehensweise: Zunächst

bespricht man im Einzelnen die 52 Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und im Anschluss daran werden die Anträge der Fraktionen besprochen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, schlägt vor, nur die Anträge der Fraktionen zu beraten.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bitten um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Stadtrat Adamek:

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung:	05:03:00
Haupt- und Personalausschuss:	04:03:02

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck geben zu jedem HHK-Vorschlag eine kurze Einführung und die Stadträte geben folgende Wortmeldungen zu den Vorschlägen der HHK ab:

#1 Personalaufwand

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, hinterfragt, ob die Einsparung von 2,4 Mio. Euro feststeht.

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die Personalaufwendungen unter Berücksichtigung der Erfahrungen der letzten Jahre herabgesetzt wurden und des Weiteren wird im Rahmen einer Aufgabenkritik geprüft, welche Prozesse zu überarbeiten sind und die gesetzlichen Mindeststandards, die gerade auch bei Pflichtaufgaben dahinter stecken, im Rahmen eines Gutachtens analysieren zu lassen. Es wird geschätzt, dass es einen Stellenabbau i. H. v. rund 40 Stellen geben wird.

#2 Aufwandsoptimierung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass sich hinter der Aufwandsoptimierung verbirgt, dass die Stadträte in einer der Haupt- und Personalausschusssitzungen davor bereits eine Aufgabenstellung bestätigt haben für eine externe Untersuchung. Die Beträge, sowohl was die Personalkosteneinsparung betrifft, als auch die Aufwandseinsparungen, sind pauschal gewählt und werden dann mit den Ergebnissen dieses externen Gutachtens noch mal konkretisiert. Es sind Hilfspositionen, um im Haushaltskonzentrierungskonzept zumindest anteilig den Ausgleich herbeiführen zu können.

#3 Potentialanalyse des kommunalen Gebäudebestands

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass hierbei die Intention besteht, dass die Stadt den kommunalen Gebäudebestand mit Unterstützung eines externen

Dienstleisters überprüft und dahingehend bewertet, ob diese Objekte für eine Daseinsvorsorge benötigt werden bzw. ob sie noch wirtschaftlich zu betreiben sind oder ein Verkauf in Frage kommt (z. B. an die kommunale Familie, weil es sich auch um Wohnungen handelt).

Herr Stadtrat George hinterfragt, wie teuer der externe Dienstleister sein wird.

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die Einsparung daraus resultiert, dass wir weniger Betriebskosten, Instandhaltungskosten und auch weniger Unterhaltskosten durch Personalaufwendungen haben. Hinter all diesen Objekten steht auch Personal, welches diese auch bewirtschaften, beplanen und warten muss etc. Die Stadt wird in einem ersten Schritt die Ist-Aufnahme durchführen.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erklärt, dass der Personalaufwand geprüft wird und einer Aufgabenkritik angesetzt wird. Die zweite Analyse ist die unseres Portfolios, welches erst einmal strukturell untersucht wird, um zu filtern, was notwendig ist. In diesem Zusammenhang war auch der Ansatz, das Technische Rathaus noch mal anzuschauen und in Frage zu stellen, ob wir dieses in dieser Form benötigen oder ob wir aber auch einen Neubau brauchen. Der Hintergrund dessen ist, dass die Stadt Einnahmen erhöht bzw. die Ausgaben reduziert.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, hinterfragt, ob der Vermarktungspool in die Vorbesprechung einbezogen wurde.

Frau Bürgermeisterin Lohde erwidert, dass der Vermarktungspool aus ~ 1300 verschiedenen Grundstücken/Gebäuden besteht. Diese 1300 Gebäude und Grundstücke werden nicht komplett Inhalt der Potenzialanalyse sein. Aktuell werden ca. 190 Objekte im ZGM bewirtschaftet. Es ist schon mal untersucht worden, worauf wir verzichten könnten und nun ist es eher rein die Frage, ob wir die Objekte veräußern wollen oder nicht.

Herr Stadtrat Fricke fragt, ob wir schon eine Erhebung der Daten haben, welche Grundstücke wir nicht brauchen und ob die Stadt für den Verkauf ein Gutachten benötigt. Des Weiteren fragt er, in welchem Verhältnis „Ziffer 3“ steht zu „Ziffer 24 - Veräußerung von Grundstücken an die DVG“. Er fragt, ob es Grundstücke gibt, die von der Potenzialanalyse ausgenommen werden, weil schon feststeht, dass sie verkauft werden.

Frau Bürgermeisterin Lohde informiert, dass die Stadt kein Gutachten benötigt um jetzt zu entscheiden, dass etwas verkauft wird. Es sind also zum Beispiel Vorgärten dabei und dazu braucht man kein Gutachten. Man benötigt ein Gutachten für eine Potenzialanalyse:

- In welchem Zustand sind unsere Gebäude?
- Was benötige ich an Instandhaltung/Instandsetzung?
- Sind die Gebäude ausgelastet?
- Wie viele Mitarbeiter sind dort untergebracht?

- Ist das eine Kennziffer, die in Ordnung ist?

Die Veräußerung an Grundstücken an die DVV sind Grundstücke, die von der DVV sowieso genutzt werden, z. B. Trafo-Häuschen oder lange Fernwärmeleitungen über Land. Die werden vom ZGM bewirtschaftet, ohne dass die Stadt diese nutzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck ergänzt, dass sich Grundstücke im Eigentum der Stadt befinden, welche für die DVV, für die Erzeugung von Energie, interessant sein könnten, z. B. unbebaute Grundstücke. Dieser Beitrag, der hier als Möglichkeit aufgeführt worden ist, den Haushalt zu konsolidieren, bezieht sich auch darauf, dass wir darüber Einnahmen erzielen können, dass die DVV eben unbebaute Grundstücke erwirbt oder in einer anderen Form nutzt.

#4 Wohnheim für Auszubildende

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass in Rücksprache mit dem Fachamt die Sachlage eruiert und festgestellt wurde, dass die Plätze nur sehr gering ausgelastet werden. Ziel ist es, die Auslastung zu erhöhen, z. B. über den Abschluss von Dauermietverträgen. Dadurch können höhere Erträge generieren werden.

#5 Museum für Naturkunde und Vorgeschichte

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass dieser Vorschlag die Aufwendungen für den Kassen- und Aufsichtsdienst betrifft.

#6 Übertragung Anhaltische Gemäldegalerie, Georgengarten und historischer Friedhof an das Land = Neu: #43

#7 Wirtschaftlichkeitspotenziale Marienkirche i. Z. mit dem Anhaltischen Theater Dessau (ATD)

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Verträge mit dem ATD nur für eine bestimmte Anzahl von Spielzeiten geschlossen worden sind.

#8 Örtliche Zusammenführung von BBFZ und JKS Krötenhof

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass das Objekt im Krötenhof einen massiven Sanierungsrückstau aufweist. Es wird vorgeschlagen dieses Objekt abzugeben oder zu verpachten.

Herr Stadtrat Fricke fragt, ob die Angebote des Krötenhofs auf andere Standorte verteilt werden können.

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass nicht alle Angebote an einem Ort stattfinden können. Es wird derzeit noch geprüft, welche Möglichkeiten es gibt.

#9 Anpassung der Unterkünfte in der dezentralen Unterbringung

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass dies grundsätzlich ein zweigeteilter Vorschlag. Einmal möchte die Stadt eine bedarfsgerechte Abkündigung der Unterkünfte in die dezentrale Unterbringung veranlassen und zum anderen die Fehlbeleger anderweitig versorgen.

Herr Stadtrat Fricke fragt, was „Fehlbeleger“ sind und wie viele es davon gibt. Des Weiteren fragt er, ob sich die Stadt Gedanken über andere Möglichkeiten eines Konsolidierungsbeitrags im Zusammenhang mit genau diesen Wohnungen gemacht hat. Er informiert, dass er Kenntnis davon genommen hat, dass die Stadt die Zahlung der CO2-Umlage bei der DWG beantragt hat.

Frau Paesold, Leiterin des Sozialamtes, informiert, dass die Stadt insgesamt aus 2015 und 2022 - aus diesen insgesamt Krisensituationen - Wohnungen anmieten musste. Dann kam 2022 der Rechtskreiswechsel und die ukrainischen Schutzsuchenden konnten in die einzelnen Rechtskreise SGB II und SGB XII wechseln und damit auch eigenständig Wohnungen anmieten. Die Stadt hatte kein Interesse an einem Umzugstourismus, weshalb sie angefragt hat, ob die ukrainischen Schutzsuchenden die Wohnungen, die sie jetzt bewohnt haben/ die ihnen zugewiesen wurden, übernehmen möchten oder nicht. Das sind aktuell 97 Wohnungen, in welchen diese Personen/Familien diese Wohnungen übernehmen und ein privatrechtliches Mietverhältnis mit der DWG eingehen werden. Zu den Fehlbelegungen erklärt sie, dass dies Wohnungsnutzer sind, die keine Anspruch darauf haben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Fehlbeleger sind aber auch Personen, die Leistung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben und zwischenzeitlich einen anderen Aufenthaltsstatus erhielten, aber noch keinen eigenen Wohnraum gefunden. Die CO2-Frage kann sie nicht beantworten.

Herr Stadtrat Fricke fragt, ob die 97 ukrainischen Familien, die jetzt Mietverträge mit der DWG abschließen, dass die Stadt einen Teil dann wieder über KDU zurückbekommt.

Frau Paesold informiert, dass sich nicht bei allen 97 Wohnungen die ukrainischen Flüchtlinge bereit erklärt haben, die Wohnung zu übernehmen. Dennoch werden diese 97 Wohnungen gekündigt. Bei den Übernehmenden wird die Stadt 50 Mietverhältnisse zum 01.07.25 überführen.

#10 Zuschuss für Franz-Treff und Rossel-Treff

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die bestehende Ausgestaltung evaluiert und geprüft wurde, an welcher Stelle eine Kostenreduzierung stattfinden kann. Die Hauptintention ist, dass Betriebskosten gespart werden. Im Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales wurde sich gegen diesen Antrag ausgesprochen.

Herr Stadtrat Adamek fragt, ob der Fortbestand der Einrichtung gefährdet ist bei einer Kürzung. **Herr Beigeordneter Ulbrich** verneint dies.

Herr Stadtrat George fragt, ob die Verwaltung bereits ein geeignetes Objekt in Aussicht hat.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, erwidert, dass ein kommunales Objekt in Betracht kommt und dazu aktuell Gespräche geführt werden.

Herr Stadtrat H. Weber bittet um Kennzeichnung in der Mastertabelle, welches Pflichtaufgaben sind, und welche keine sind.

Herr Stadtrat Fricke hinterfragt, ob es richtig ist, dass bereits Verhandlungen mit dem neuen Träger geführt werden. Er fragt weiterhin, welches Ausweichobjekt in Betracht kommt.

Frau Paesold erklärt, zum Rosseltreff, dass dieser so wie bisher arbeitet. Die Finanzierung für dieses Jahr wurde durch eine Bindungsermächtigung sichergestellt und es gibt weder personelle noch andere Einschränkungen im Rosseltreff, das bleibt in diesem Jahr auch so, denn das liegt der Konzeption aus dem Jahr 2020 zu Grunde, welche der Stadtrat beschlossen hat. Zum Franztreff erklärt sie, dass seit letztem Jahr der Träger, der den Franztreff aufgebaut hat und auch zu einem erfolgreichen Projekt geführt hat, leider nicht fortgesetzt hat. Die Stadt möchte dies mit einem anderen Träger fortsetzen und dazu kommt auch, dass die Ideen, die es für dieses Haus leider nicht umgesetzt werden und das Haus auch nicht weiterentwickelt werden kann.

Eine Fortsetzung geht momentan erstmal nur an diesen Standort, weshalb wir deutlich über die Kosten nachdenken, die dort entstehen, z. B. Mietkosten. Der neue Träger ist nicht bereit die Kosten in dieser Höhe zu übernehmen und deswegen denkt die Stadt parallel über Ausweichobjekte nach.

#11 Industriehafen Roßlau

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass der Anspruch formuliert wurde, perspektivisch keinen Verlustausgleich mehr vorzunehmen. Zielsetzung ist es, einen Partner zu suchen – dies wird im nächsten Aufsichtsrat auch thematisiert.

#12 Stadtmarketing

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, fragt, inwiefern es notwendig ist, bei diesen erheblichen Kürzungen die vorgeschlagenen Aufgabenfelder Einschnitte zu machen.

Herr Beigeordneter Ulbrich, informiert, dass der Aufsichtsrat SMG und der Wirtschaftsausschuss sich dagegen entschieden haben. Im Vergleich zu den Städten

Halle und Magdeburg ist der Beitrag pro Dessauer Einwohner sehr hoch und es besteht Potenzial zur HHK.

#13 Reduzierung Anzahl Ausschüsse

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass durch die Reduzierung der Ausschüsse der Personalaufwand eingespart werden kann, in dem die Vor- und Nachbereitung entfällt.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, fragt, welche Ausschüsse entfallen sollen und welche zusammengelegt werden könnten.

Herr Beigeordneter Ulbrich erwidert, dass eine Möglichkeit darin besteht, Dezernats-Ausschüsse zu initiieren, z. B. Ausschuss Dezernat I bestehend aus Wirtschafts-, Kultur- und Sportausschuss.

Herr Stadtrat Adamek bittet – bereits vor einer geplanten Beschlussfassung – um Mitteilung, welche Ausschüsse gedanklich zusammengelegt werden könnten.

#14 Fernmelde- und Postgebühren

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass erhebliche Beiträge gespart werden können, wenn die Postbearbeitung an einen externen Dienstleister übergeben wird.

#15 Bücher und Zeitschriften

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass damit lediglich die Inanspruchnahme von digitalen Angeboten innerhalb der gesamten Verwaltung gemeint ist.

#16 Heizkosten senken insb. mit smarten Thermostaten

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die Stadt sich vorgenommen hat, die bestehenden Heizkörper mit smarten Thermostaten auszustatten, damit eine zentrale Regulierung auch gemäß Raumtemperatur erfolgen kann bzw. dass ab bestimmten Uhrzeiten die Heizungen runtergefahren werden können.

#17 Museum für Stadtgeschichte

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass im Haushalt 120T EUR für den Museumscampus hinterlegt sind. Dieser soll gestrichen werden.

#18 Tierpark als BUGA-Maßnahme = Neu #52

#19 Kindertagesstätten - gesunde Ernährung

Herr Stadtrat Eichelberg hinterfragt, was diese Kürzung bedeutet und wie man diese erklären kann.

Herr Beigeordneter Ulbrich sichert eine detaillierte Beschreibung bis zum nächsten Ausschuss – am 02.04.2025 – zu.

#20 Aufgaben des örtlichen Gesundheitsdienstes

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass dieser Vorschlag aus dem sogenannten ÖGD-Pakt resultiert und spiegelt eine Erwartungshaltung an das Land wieder, dass wir weiterhin Zuweisungen vom Land erhalten für die Fortführung dieses Projektes.

Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, fragt, was passiert, wenn die Erwartungshaltung enttäuscht wird und die Mittel nicht bereitgestellt werden.

Herr Beigeordneter Ulbrich erwidert, dass der abgebildete Konsolidierungsvorschlag zeigt, dass die Stadt die Dienstleistung oder die Aufwendungen in der Verwaltung reduzieren müsste. Er regt an, dass man sich hier noch einmal abstimmt, in welchem Umfang das wirklich sein muss.

Herr Stadtrat Fricke fragt, ob dieser Betrag – die Kürzung der 3,6 Stellen, hier diese Stellen auch betrifft.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Sach- und Personalaufwendungen im Moment durch eine Förderung ermöglicht werden. Fällt diese Förderung aber weg, steht jetzt zur Disposition, dass ab 2027 die zusätzliche Aufgabenwahrnehmung entfallen kann. Dann wäre es im HHK bestätigt oder sie kann eben nicht entfallen, dann bleibt sie im Haushalt drin. Nach dem jetzigen Stand sind es Projektmittel und diese laufen irgendwann aus, das muss uns aber nicht davon abhalten, die Aufgabe fortzuführen.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, erklärt, dass man vorab überlegen muss, wenn diese Mittel wegfallen – und es fallen 3,6 Stellen weg lt. Frau Amtsleiterin Erxleben - wie die Stadt diese Leistungen, die wir dort verlieren, irgendwie wieder gegensteuern kann.

#21 Verzicht auf weitere Trinkbrunnen

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass dort eine Beschlusslage aufgegriffen wird, die hier im Rat war. Die beinhaltet, weitere Trinkbrunnen innerhalb des Stadtgebietes zu errichten. Auf Grund der Betriebskosten und der Errichtungskosten der Trinkbrunnen verzichtet die Stadt darauf.

#22 Personalaufwendungen der Stadt Dessau-Roßlau - vorläufige Haushaltsführung

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass es sich hierbei ganz konkret um die Einführung einer Widerbesetzungssperre handelt.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, beruft eine Pause von 18:35 Uhr bis 18:45 Uhr ein.

Herr Zoogbaum, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, verlässt die gemeinsame Sitzung um 18:36 Uhr. Die Beschlussfähigkeit verringert sich beim Haupt- und Personalausschuss auf 8 stimmberechtigte sowie beim Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung auf 7 stimmberechtigte Mitglieder.

#23 PV-Anlagen auf den Dächern der Stadt installieren und Energiekosten reduzieren

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die Stadt sich vorgenommen hat zu prüfen, ob die Dachflächen der Stadtverwaltung und der kommunalen Liegenschaften, insbesondere der Verwaltungsgebäude, mit PV-Anlagen ausgestattet werden können. Die Stadt sieht einen Betrag von jährlich 50T EUR Einsparung an Energiekosten.

#24 Veräußerung von Grundstücken an die DVV

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass bereits in Rücksprache mit der DVV geprüft wurde, welche Grundstücke man verkaufen könnte. Das ist unter anderem die Randstraße und dafür gibt es gewisse Pläne, auch Bestrebungen seitens der DVV, diese Grundstücke zu nutzen für E-Ladesäulen oder für PV-Anlagen. Diese Kooperation möchte die Stadt gern weiter fortsetzen und vertiefen.

#25 Veräußerung Objekt Medicusstraße

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass auch ebenfalls die Intention besteht, Betriebskosten und Instandhaltungsaufwendungen zu reduzieren, ähnlich gelagert wie beim Krötenhof. Der bauliche Zustand bei der Medicusstraße ist natürlich nicht vergleichbar mit dem vom Krötenhof, aber es wurde hier als Vorschlag mit aufgeführt, um auch weiterhin Betriebskosten zu reduzieren.

Herr Stadtrat Fricke erklärt, dass zu einem anderen Punkt gesagt wurde, dass für dieses Objekt ein ähnlicher Sanierungsaufwand wie für den Krötenhof gesehen wird.

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass so ein Sanierungsrückstau in der Größenordnung bei der Medicusstraße nicht gesehen wird.

Herr Stadtrat George fragt, was bei 106T EUR reduziert werden soll. Das sind Nebenkostenreduzierungen.

Herr Beigeordneter Ulbrich erwidert, dass es sich bei den 100T EUR, welche zur Diskussion stehen, um den baulichen Unterhalt, Heizung, Reinigung und Schädlingsbekämpfung handelt. Wenn wir das Objekt abgeben - und das ist ja die Intention - können wir rund 100T EUR sparen, weil wir diese Kosten nicht mehr tragen müssen.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt zwei Fragen:

1. Wo soll der Musikschulanteil in der Musikschule untergebracht werden? Da sind die Räumlichkeiten begrenzt.
2. Wenn wir das Gelände/Gebäude verkaufen, dann müsste der Verkaufserlös auch irgendwo dargestellt werden. Wie hoch wird der sein und wo taucht der in den Zahlen auf?

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die Buchgewinne in der Regel nicht dargestellt werden, weil wir ein Gutachten bräuchten, was das Gebäude am Markt wert ist. Die Stadt hat davon abgesehen, dies im ersten Schritt zu tun. Die Musikschule soll auch wieder in kommunale Flächen untergebracht werden.

#26 Umzug Technisches Rathaus - Büroflächenmanagement

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass sich hinter diesem Vorschlag grundsätzlich eine Nachverdichtung von Arbeitsplätzen in unseren Verwaltungsgebäuden verbirgt. Die Stadt sagt, dass man aufgrund einer anderen Büroorganisation mehr Arbeitsplätze auf die Fläche bekommen kann. Das setzt aber eine Untersuchung voraus, die ämterspezifisch ist, um deren Bedürfnisse abzubilden. Es gibt auch Kundenverkehr und Bürgerkontakt, damit ist es nicht immer eins zu eins möglich, die Mitarbeiter auf die Büroflächen zu bringen. Zweitens hat sich auch gezeigt, dass nicht jeden Tag jeder Arbeitsplatz besetzt ist, aufgrund von verschiedensten Abwesenheitsgründen. Die Stadt geht davon aus, dass im Rahmen der Konsolidierung auch Stellen mittelfristig reduziert werden. Das reduziert den Bedarf an Verwaltungsflächen, was im Ergebnis dazu führt, dass die Flächen im technischen Rathaus nicht mehr benötigt werden.

Herr Stadtrat Kaßner fragt, ob darüber nachgedacht wird, Büros doppelt zu nutzen durch verschiedene Mitarbeiter. **Herr Beigeordneter Ulbrich** bestätigt dies.

#27 Amtsblatt
= Neu: #47

#28 Kommunales Bildungsbüro

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass ein Kommunales Bildungsbüro eine freiwillige Aufgabe in der Koordinierung ist. Darüber hinaus prüft die Verwaltung, ob man die Aufgaben, die heute dort bewerkstelligt werden, auch anderweitig in bestehenden Strukturen abbilden kann, z. B. im Schulamt.

#29 SKD - Fortschreibung Wirtschaftsplan

Herr Beigeordneter Ulbrich informiert, dass dieser Punkt im HHK vermerkt wurde, um auch nochmal steuern zu können beim Klinikum. Die Stadt ist gerade dabei, den Wirtschaftsplan fortzuschreiben und es sollte transparent sein, welche Summen im Spiel sind. Und deswegen haben wir diesen Vorschlag auch nochmal mit aufgenommen.

#30 Entschlammung neuer Teich in Mosigkau

Herr Beigeordneter Ulbrich schlägt vor, diese Maßnahme zu schieben bzw. zu streichen. Nach Rücksprache mit dem Fachamt besteht nicht zwingend das Erfordernis, dies zu tun.

Herr Stadtrat Adamek fragt – da es eine Beschlusslage gibt – ob dazu eine Rücksprache mit dem Ortschaftsrat besteht. Falls nicht, sollte dieser zumindest zu einer Schiebung Stellung nehmen. **Herr Beigeordneter Ulbrich** verneint dies.

#31 Weitere ergänzende Maßnahmen

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass es sich um drei weitere Einzelmaßnahmen handelt:

1. eine bedarfsgerechte Bereitstellung für Kita-Plätze mit einer adäquaten Fachkräfteausstattung

Dahinter verbirgt sich, dass noch einmal eine Prognose im Laufe des Jahres entwickelt wird, um die Anzahl und den Umfang der bereitzustellenden Betreuungsplätze zu prognostizieren.

2. Portfolioanalyse für städtische Gebäude und kommunale Liegenschaften als zukünftige Investitionsentscheidung gerade im Bereich Bauunterhalt.
3. Sportstättenentwicklungskonzept ausgehend vom zukünftigen Bedarf

#32 Gebührenanpassung Musikschule

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass durch eine Anpassung der Gebühren sowohl mehr Einnahmen generiert werden sollen, als auch eine höhere Auslastung erwirtschaftet. Das kann dadurch erfolgen, dass die Stadt eine Weiterentwicklung der Unterrichtsorganisation anstrebt, sodass in gewissen Unterrichtsformaten höhere Schülerzahlen einzubinden sind. Dann soll eine inhaltliche organisatorische Weiterentwicklung des Unterrichtsangebots ermöglicht werden - vielleicht in Zusammenarbeit mit dem Theater. Weiterhin möchte die Stadt gezielter Öffentlichkeitsarbeit leisten, um mehr Schülerzahlen zu gewinnen.

#33 Anpassung Elternbeiträge für Kita und Hort = Neu: HHK-Maßnahme

#34 Einführung Zweitwohnsitzsteuer

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass eine Zweitwohnsitzsteuer eingeführt wird.

#35 Beteiligung an Gewässerunterhaltung

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass das Wassergesetz des Landes Sachsen-Anhalts novelliert wird und dieses ermöglicht damit wiederum Beitragserhöhungen durchzusetzen.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, ergänzt, dass die Stadt jährlich Umlagen an die Gewässerunterhaltungsverbände zahlt. Hier geht es darum, diese Kosten für die Gewässerunterhaltung dann auf die betroffenen Eigentümer und Grundstücke umzulegen. Das heißt, der Grundstückseigentümer zahlt dann diesen Beitrag.

#36 Anpassung von Pachten und Mieten

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass konkret vorgeschlagen wird, dass die Pachtgebühren für Garagen angepasst werden. Die Stadt hat derzeit rund 3.900 Garagen im Bestand der Verpachtung. Die Gebühren betragen derzeit jährlich 70 EUR pro Garage und würden um je 35 EUR erhöht werden.

#37 Anpassung der Verwaltungsgebühren

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass damit die Anpassung von Gebühren für Auskünfte, für Lichtbilder etc. gemeint ist.

Frau Wirth ergänzt, dass die Stadt eine eigene Verwaltungskostensatzung hat. Das heißt, die Stadt kann für die Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis Gebühren erheben und um die Anpassung dieser Kosten geht es. Es gibt auch noch Verwaltungskosten im übertragenen Wirkungskreis, wo gerade im Ordnungsbereich dann die Verwaltungskostensatzung des Landes anzuwenden ist.

#38 Bußgelder für Vermüllung (Littering) und Hundekot

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die Stadt im Stellenplan „Umweltdetektive“ hat, welche dabei helfen, in der Stadt diejenigen zu identifizieren, die Müll verursachen. Und hier gehen wir von einer höheren Entdeckungswahrscheinlichkeit aus durch ein stringenteres Vorgehen.

#39 Bettensteuer

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass hierbei die rechtlichen Rahmenbedingungen des Landes aufgegriffen werden, die seit ein paar Jahren ermöglichen, die Bettensteuer einzuführen. Die Stadt erhofft sich weiterhin von gutem Tourismus zu profitieren.

Herr Stadtrat Adamek stellt zwei Fragen:

1. In welcher Höhe würde diese Bettensteuer anfallen?
2. Ist abgewogen worden zwischen Bettensteuer oder eine Gästeabgabe?

Herr Beigeordneter Ulbrich informiert, dass im Vorschlag mit drei Euro pro Übernachtung gerechnet wird. Für die Bettensteuer sprechen eine einfache Umsetzung und ein schnelles, effizientes Verwaltungshandeln. Es ist eine klare Grundlage, worauf wir besteuern. Beim Gästebeitrag ist es sicherlich immer etwas herausfordernd. Der Vorteil der Bettensteuer ist, sie ist nicht zweckgebunden

Herr Stadtrat H. Weber erklärt, dass die Thematik bereits im Wirtschaftsausschuss beraten wurde. Dieser hat sich einstimmig für die Erhebung eines Gästebeitrages ausgesprochen, damit es der Tourismusförderung auch direkt wieder zufällt.

#40 Anpassung Bibliotheksgebühren

Herr Beigeordneter Ulbrich informiert, dass die Stadt vorschlägt, die Bibliotheksgebühren zu verdoppeln von 10 Euro auf 20 Euro. Dies betrifft aber nicht die ermäßigten Gebühren.

#41 erhöhter Landeszuschuss für das Anhaltische Theater

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die Stadt eine ganz konkrete Erwartung, auch gegenüber dem Land widerspiegelt, das sie erwartet in den nächsten Verhandlungsrunden mit dem Land einen entsprechenden Zuwachs zu generieren.

#42 Beteiligung an Photovoltaikanlagen

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass das Land die rechtliche Möglichkeit eingeräumt hat, eine sogenannte Kommunalabgabe zu implementieren. Das heißt, wenn eine PV-Anlage in einem Ort gebaut wird, können Kommunen rechtssicher bis zu 0,2 Cent pro Kilowattstunde am Betrieb eines Solarparks beteiligt werden.

#43 Übertragung Anhaltische Gemäldegalerie, Georgengarten und historischer Friedhof an das Land

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass bei diesem Vorschlag ein bestehender Prozess aufgegriffen wird. Die Stadt schlägt vor, die Gemäldegalerie mit den weiteren Grundstücken oder mit den weiteren Liegenschaften an das Land abzugeben. Hintergrund ist, dass hier umfänglich, also im Haushalt rund 1,6 Millionen Euro dafür bereitgestellt sind, für die Bewirtschaftung der Objekte, gerade für das Georgium. Die Stadt bittet die Stadträte quasi um das Votum, mit dem Land nochmal ins Gespräch zu gehen und entsprechende Rahmenbedingungen auszuläutern.

#44 Tierpark als BUGA-Maßnahme

Herr Beigeordneter Ulbrich erläutert, dass es eine andere Beschlusslage zum Tierpark gibt. Beziehungsweise ist das kein Konsolidierungsvorschlag mehr, denn die Stadt hat den Betrag für den Ankauf für das Bahngelände, sowie 100.000 Euro für die Sicherungsmaßnahmen, die erforderlich sind, wenn das angekauft wurde im Haushalt drin.

#45 Anpassung Parkplatzgebühren

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die Parkgebühren verdoppelt werden von 50 Cent auf 1 Euro im Stadtgebiet und wir rechnen dann an der Stelle mit Mehreinnahmen von rund 290.000 Euro.

#46 Anpassung Elternbeiträge für Kita und Hort

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die Stadt vorschlägt, die Elternbeiträge in Summe auf 350.000 Euro anzupassen in 2026 und in 2028 nochmal um 350.000 Euro.

Herr Stadtrat Fricke hinterfragt, was das konkret für die Eltern heißt. Ihn interessiert, eine Gegenüberstellung - bisherige Beiträge und neue Beiträge. Er bittet um Bereitstellung dieser Kennzahlen bis zum nächsten Ausschuss.

#47 Digitale Bereitstellung Amtsblatt

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die Stadt vorschlägt, das Amtsblatt digital bereitzustellen. Es wird auch weiterhin einige Auslagestellen geben, an denen das Amtsblatt in papiergebundener Form bereitgestellt wird.

#48 SKD - Fördermittel einmalig

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass noch die Bereitstellung von Fördermitteln aus Land und Bund, die gerade auf Bundesebene in der Bearbeitung sind, offensteht.

Herr Stadtrat Fricke fragt, wenn das ausstehende Fördermittel sind, die mal bewilligt worden und die einfach nicht fließen, dann müssen die doch bisher schon berücksichtigt sein in der Planung. Wieso soll daraus jetzt ein Vorteil resultieren?

Herr Beigeordneter Ulbrich erwidert, dass der Vorteil daraus erwächst, dass die Stadt das in den entsprechenden Wirtschaftsplänen abgebildet hat. Daher, dass kein Liquiditätszufluss stattfand, würde das bedeuten, dass die Stadt eine Entspannung in der Kreditlinie hätte und dadurch weniger Zinslast. Das bezieht sich auf Dinge, wo

Zuwendungsbescheide noch ausstehen. Die kann man natürlich erst dann erfolgreich einbuchen, wenn die Mittel tatsächlich geflossen sind.

#49 SKD - Prüfauftrag Rechtsformumwandlung

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass der Prüfauftrag nochmal formuliert wurde den Eigenbetrieb SKD in eine Privatrechtsform, zum Beispiel GmbH, umzuwandeln, um die Haftung zu begrenzen beziehungsweise den Verlustausgleich in den städtischen Haushalt ad hoc zu vermeiden.

#50 Investitionsverschiebung durch Sondervermögen Infrastruktur

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die aktuelle Entwicklung auf Bundesebene aufgegriffen wurde und die Stadt sagt konkret, dass alle Baumaßnahmen, die 100% Eigenmittel finanziert sind, geschoben werden, bis klar ist, welcher Rahmen und Voraussetzungen es für den Abruf dieser Mittel gibt.

#51 Verpackungssteuer

Herr Beigeordneter Ulbrich informiert, dass nunmehr der rechtliche Rahmen geschaffen ist, eine sogenannte Verpackungssteuer einzuführen. Es gab Anfang des Jahres ein Gerichtsurteil.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, eröffnet die Beratungsrunde der Anträge der Fraktionen.

Die Ausschussmitglieder beraten die gesamten Anträge der Fraktionen im Einzelnen.

Es gibt zu folgenden Anträgen Fragen:

#4 Ausgaben des Stellenplans sperren Fraktion Freies-Bürger-Forum

Herr Stadtrat Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erklärt, dass bei den Vorschlägen für die Personalkosteneinsparung 2,4 Mio. EUR nachgewiesen sind.

Herr Beigeordneter Ulbrich hat ihm aber gesagt, dass die Ansätze im Haushalt auch nach tatsächlichen Abschlüssen in den vergangenen Jahren runter angepasst wurden. Er bittet um Erläuterung, um welche Summe die Ansätze angepasst worden.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, erklärt, dass die Rechnungsergebnisse der Vorjahre zum Anlass genommen wurden die Personalkostenplanung insgesamt anzupassen. Im HH-Jahr 2024 hatte die Stadt ursprünglich 88 Mio. EUR Personalkosten eingeplant, ist aber bei 76 Mio. EUR gelandet. Das hatte u. a. mit der Haushaltssperre zu tun, aber letztlich auch, im

Vorgriff auf eine mögliche HHK, ein sparsamer Umgang mit den entsprechenden Mitteln. Im Haushalt 2025 haben wir an Personalkosten 79,5 Mio. EUR eingepreist.

#27 Sicherstellung des Betriebes und Einsatzes des Spielmobils
Fraktion CDU

Herr Stadtrat George fragt, ob die Personalkosten, in den Haushalt zurücklaufen.

Frau Beigeordnete Hachmann erwidert, dass die Personalkosten nicht zurücklaufen, weil das Personal in den Kitas eingesetzt wird. Das Personal ist darüber informiert, dass sobald die Stadt ein Fahrzeug erwirbt, dieses aus den Kitas rausgenommen wird und das Projekt Spielmobil weiter betrieben wird.

#35 Zuschuss Multikulturelles Zentrum streichen
Fraktion Alternative für Deutschland

Herr Stadtrat Kaßner äußert sich dazu, dass das multikulturelle Zentrum nicht linksextrem ist.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung ermahnt die Aussage. Er macht deutlich, dass es sich um eine Sachdiskussion handelt und die Mitglieder des Stadtrates und die Mitglieder der Ausschüsse sich an eine Ordnung zu halten haben.

#36 Kürzung Zuschuss Erziehungs- und Schwangerenberatung, Paritätisches Sozialwerk

#37 Kürzung Zuschuss Suchtberatungsstellen, Freie Träger

#38 Kürzung Zuschuss Wohlfahrtsverbände

#39 Kürzung Zuschuss Erziehungsberatungsstelle, Diakonisches Werk
Fraktion Alternative für Deutschland

Herr Stadtrat Dr. Nothdurft, Fraktion Alternative für Deutschland, möchte eine detailliertere Aussage zu den Stellungnahmen der o. g. Anträge haben und fragt des Weiteren:

- Wer sind die freien Träger?
- Sind das mehrere?
- Was erhalten diese?
- Zuschuss an Wohlfahrtsverbände - Warum ist der in einem Jahr fast verdoppelt worden?
- Was ist, wenn die anderen Wohlfahrtsverbände jetzt auch noch Erziehungsberatungsstellen aufmachen? Brauchen wir die? Oder sind zwei schon zu viel?

Frau Beigeordnete Hachmann reicht die Fallzahlen und auch die Gründe der Steigerung nach. Die genauen Kosten stellt sie ebenfalls bereit. Die Trägervielfalt ist

gesetzlich vorgeschrieben. Die Stadt muss dafür sorgen, dass möglichst viele Träger und vor allem auch freie Träger beschäftigt werden. Es müssen Aufgaben extern vergeben werden.

#40 **Abschaffung Homeoffice in der Stadtverwaltung**
 Fraktion Alternative für Deutschland

Herr Stadtrat Kaßner erklärt, dass für ihn das Modell „Homeoffice“ zu einem familienfreundlichen, modernen sowie zukunftsorientierten Dessau dazu gehört. Junge Familien sind mit dem Modell deutlich flexibler, insbesondere bei den Themen der Kinderbetreuung sowie der Einteilung von Arbeitszeiten. Er glaubt, dass in der heutigen Zeit Homeoffice ein Zukunftsmodell ist. Des Weiteren prüft die Stadtverwaltung, ob die Möglichkeit der Doppelbelegung von Büros besteht. Dies könnte zu einer Kosteneinsparung führen. Seiner Meinung nach möchte die Fraktion Alternative für Deutschland mit diesem Antrag das Rad wieder auf das Jahr 1933 drehen.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, rügt die Aussage von Herrn Stadtrat Kaßner. Die Frage, ob Homeoffice - ja oder nein - sollte nicht auf ein Statement der Zustände von 1933 reduziert werden. Er denkt, dass dies eine Polemik ist, die dieser Sachdiskussion in diesem Haus nicht guttut.

#43 **Unterstützung der Vereine zu 100 %**
 Fraktion Alternative für Deutschland

Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, fragt, was mit konkret 100 % gemeint ist. Er fragt, ob damit gemeint ist, dass die Haushaltssperre für die Vereine ausgenommen wird.

Herr Ratzmann, Fraktion Alternative für Deutschland, erklärt, dass es darauf abzielt, dass man keine Einzelfallprüfung macht, dass man nicht die 60 % frei gibt und über die 40 % sozusagen verhandelt, sondern dass man die 100 % gewährt.

Nach einer weiteren Aussprache werden die beiden Beschlussvorlagen zurückgestellt.

4.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2025 und Folgejahre
 Vorlage: BV/422/2024/II-20

Die Wortmeldungen wurden im Tagesordnungspunkt 4.1 protokolliert.

5 Öffentliche Anfragen und Informationen

Zu dem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen hervorgebracht.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

7 Schließung der gemeinsamen Sitzung

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die gemeinsame Sitzung um 22:21 Uhr.

Dessau-Roßlau, 10.04.25

Dr. Robert Reck
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Maria Mangold
Schriftführer